

II-7514 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3756 1J

ANFRAGE

1989 -05- 17

der Abgeordneten Karas
und Kollegen
an die Bundesregierung
betreffend Erfüllung des als Petition im Nationalrat
eingebrachten "Volks-Begehrens der Jungen ÖVP "Für Leistung und
Gerechtigkeit - gegen Privilegien"

Mehr als 150.000 Österreicherinnen und Österreicher haben das
"Volks-Begehren der Jungen ÖVP" "Für Leistung und
Gerechtigkeit - gegen Privilegien" unterschrieben. Die
Unterzeichner des "Volks-Begehrens der Jungen ÖVP" wollten
damit folgendes erreichen:

- o Weg mit der Parteibuchwirtschaft
- o Trennung von Politik und Geschäft
- o Direktwahl und Offenlegung der Bezüge in den
Sozialversicherungen
- o Primärärzte - kein Geld für fremde Leistungen
- o Halbierung der Aufsichtsratsposten
- o Weg mit den Privilegien
- o Gegen leistungslose Einkommen
- o Gegen überhöhte Politikerabfertigungen
- o Mehr Demokratie in Vereinen und Interessensvertretungen.

Dieses "Volks-Begehren der Jungen ÖVP" wurde in Form einer
Petition im Nationalrat eingebracht und in einem Unterausschuß
des Verfassungsausschusses beraten und diskutiert. Als Abschluß
der Beratungen beschloß der Verfassungsausschuß u.a. sechs
Entschliebungen, um die Forderungen des "Volks-Begehrens der
Jungen ÖVP" umzusetzen und zu verwirklichen.

Ziel des "Volks-Begehrens der Jungen ÖVP" war es u.a. auch die
Parteibuchwirtschaft abzuschaffen und verbindliche und
veröffentlichte Objektivierungsrichtlinien zur Vergabe von
Wohnungen durchzusetzen. In Entsprechung dieser Forderung des

"Volks-Begehrens der Jungen ÖVP" hat der Nationalrat vor einem Jahr folgende EntschlieÙung gefaÙt:

"Die Bundesregierung wird ersucht, bundeseigene Wohnungen - soweit diese nicht Dienst- oder Naturalwohnungen sind bzw. nicht ein öffentliches Interesse am Bundeseigentum dieser Wohnungen besteht - den Mietern zum Kauf anzubieten. Darüber hinaus wird die Bundesregierung ersucht, für im Bundeseigentum stehende Wohnungen - soweit diese nicht Dienst- oder Naturalwohnungen sind - objektive Richtlinien für die Vergabe zu erstellen und diese Wohnungen nur mehr zum Marktpreis entsprechend den Bestimmungen des Mietrechts zu vermieten und ein Verzeichnis aller aufrechten Mietverträge öffentlich zugänglich zu machen."

Angesichts der Tatsache, daß nunmehr bereits ein Jahr seit der Beschlußfassung dieser EntschlieÙung verstrichen ist, stellen die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesregierung folgende

ANFRAGE:

1. Wieviele bundeseigene Wohnungen wurden bereits den Mietern zum Kauf angeboten?
2. Wieviele bundeseigene Wohnungen sind von Mietern bereits gekauft worden?
3. Wie hoch sind die Gesamtverkaufserlöse für diese Wohnungen?
4. Wie lauten die Objektivierungsrichtlinien für die Vergabe der im Bundeseigentum stehenden Wohnungen?
5. Wieviele bundeseigene Wohnungen sind zum Marktpreis entsprechend den Bestimmungen des Mietrechts vermietet und für wieviele bundeseigene Wohnungen gelten günstigere Bestimmungen?
6. In welcher Art und Weise haben Sie ein Verzeichnis aller aufrechten Mietverträge für bundeseigene Wohnungen öffentlich zugänglich gemacht?